



NIEDERSCHRIFT

12. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.03.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied

Abwesend waren:

Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2012/0072
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2012/0073
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2012/0074
4. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Verbot der Ganzkörperverschleierung (Burka)
Vorlage: 2012/0094
5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Verbot des Baus von Minaretten
Vorlage: 2012/0095
6. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Finanzielle Unterstützung islamischer Vereine und islamischer Glaubenseinrichtungen
Vorlage: 2012/0096
7. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
Bezug: Bürgerantrag Frau Sabine Ostlender und Herr Rainer Wendt vom 13.02.2012 (Anlage 1)
hier: Busanbindung Linie 59 Duffesheide - Bardenberg
Vorlage: 2012/0087
8. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
Bürgerantrag der CDU-Ortsgruppe Kellersberg vom 07.02.2012
hier: Treppenanlage Oberer Heidweg / Herrenweg
Vorlage: 2012/0108
9. Entwurf des Stellenplanes 2012
Vorlage: 2012/0106

10. Richtlinien zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds "Mitwirkung und Beteiligung" im Programmgebiet Soziale Stadt Alsdorf-Mitte
Vorlage: 2012/0090

11. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2012/0091

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2012/0072

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 18.00 Uhr die 12. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf.

Er begrüßt

- die Damen und Herren Stadtverordneten,
- die ZuhörerInnen und den Vertreter der Presse,
- die Gäste (die Herren Stv. Breuer, ABU-Fraktion ab TOP 11, Nevelz, FWA-Fraktion, und Sak, fraktionsloses Ratsmitglied, Herrn Niedermeier vom Planungsbüro MWM, Aachen, die jur. Praktikanten Frau Borodasz und Herrn Kals, sowie Herrn Referendar Beger und
- die Mitarbeiter/innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Dezernenten Spaltner, Dezernat II, Herrn Kämmerer Hafers, FB 5 – Finanzen, Frau Beylich, städt. Rechnungsprüfungsamt, Herrn Assessor Hermanns, Stabsstelle 1 – Recht, Herrn Jordans und Frau Rietz, FG 1.1 - Büro des Rates, Herrn Schäfer, FG 1.2 – Personal, Herrn Schmidt, FG 3.2 – Jugend, Frau Scheefe, FG 1.1 (Schriftführerin).

Anschließend stellt er fest, dass mit Einladung vom 08.03.2012 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Weiterhin gibt Herr Bürgermeister Sonders bekannt, dass zu

Punkt 11 Anfragen und Mitteilungen

eine schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vorliegt zum Thema:

- Vorzeitige Rodungsarbeiten auf dem Gelände zwischen Stadthalle, Rathaus- und Annastraße

Seitens der Fraktionen im Rat der Stadt liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung einstimmig angenommen.

Hieran anschließend werden folgende mündliche Anfragen angekündigt:

Herr Stv. Heidenreich – GRÜNE-Fraktion: 1 Anfrage im öffentl. Teil der Sitzung,
Herr Stv. Loosz – SPD-Fraktion: 1 Anfrage im öffentl. Teil der Sitzung,
Herr Stv. Weber – REP-Fraktion: 2 Anfragen im öffentl. Teil der Sitzung.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2012/0073

Protokoll:

Seitens der Einwohner der Stadt Alsdorf werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2012/0074

Protokoll:

Herr Stv. F. Krämer, SPD-Fraktion, gibt zur Kenntnis, dass er aus der Bevölkerung in Alsdorf-Begau auf das geplante Stadtteilgespräch angesprochen worden sei und möchte wissen, wann mit einem konkreten Termin zu rechnen sei.

Hierzu antwortet **Herr Bürgermeister Sonders**, dass die Vorbereitungen laufen und dass er davon ausgehe, dass die Gespräche in den einzelnen Stadtteilen nach den Sommerferien begonnen werden können.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses gefassten Beschlüsse sowie über noch nicht ausgeführte Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig.

zu 4 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Verbot der Ganzkörperverschleierung (Burka)
Vorlage: 2012/0094

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt den Antrag des Herrn Dahlmann sowie die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis, und überweist ihn gemäß § 5 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf an den Bürgermeister, da dieser im Rahmen seiner Personalkompetenz gemäß § 73 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zuständig ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 5 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Verbot des Baus von Minaretten
Vorlage: 2012/0095**

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders konkretisiert den bereits vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt:

„Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Alsdorf nimmt zur Kenntnis, dass für die Genehmigung zum Bau von Minaretten der Bürgermeister als Untere Bauaufsichtsbehörde zuständig ist und im Einzelfall nach Eingang eines Bauantrages entsprechend der Anforderungen, die das Baugesetzbuch, die Bauordnung NRW oder andere öffentlich-rechtliche Vorschriften stellen, entschieden wird.“

Nachfolgend lässt er hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Alsdorf nimmt zur Kenntnis, dass für die Genehmigung zum Bau von Minaretten der Bürgermeister als Untere Bauaufsichtsbehörde zuständig ist und im Einzelfall nach Eingang eines Bauantrages entsprechend der Anforderungen, die das Baugesetzbuch, die Bauordnung NRW oder andere öffentlich-rechtliche Vorschriften stellen, entschieden wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**zu 6 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen GO NRW);
Bürgerantrag des Herrn Christian Dahlmann vom 26.01.2012
hier: Finanzielle Unterstützung islamischer Vereine und islamischer Glaubenseinrichtungen
Vorlage: 2012/0096**

Protokoll:

Der letzte Satz im Beschlussvorschlag der Verwaltung zu diesem Bürgerantrag wird von **Herrn Bürgermeister Sonders** um die Worte „und abzulehnen“ ergänzt, so dass folgender neuer Beschlussvorschlag zur Abstimmung kommt:

„Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Alsdorf nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Alsdorf derzeit keine freiwilligen finanziellen Mittel an islamische Vereine und islamische Glaubenseinrichtungen auszahlt und der Antrag des Herrn Christian Dahlmann somit gegenstandslos und abzulehnen ist.“

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt Alsdorf nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Alsdorf derzeit keine freiwilligen finanziellen Mittel an islamische Vereine und islamische Glaubenseinrichtungen auszahlt und der Antrag des Herrn Christian Dahlmann somit gegenstandslos und abzulehnen ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 7 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
Bezug: Bürgerantrag Frau Sabine Ostlender und Herr Rainer Wendt vom 13.02.2012 (Anlage 1)
hier: Busanbindung Linie 59 Duffesheide - Bardenberg
Vorlage: 2012/0087

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, unterstützt den Antrag auf Verbesserung der Anbindung des Stadtteils Alsdorf-Duffesheide an das Streckennetz des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und bittet nach Möglichkeit um eine Lösung bis zum nächsten Fahrplanwechsel.

Seitens der **SPD-Fraktion** spricht sich **Herr Stv. Plum** dafür aus, die weitere Beratung und Beschlussfassung zu diesem Bürgerantrag an den Ausschuss für Stadtentwicklung (AfS) zu verweisen. Im Übrigen sei bekannt, dass eine Fahrplanerweiterung, wie durch die Antragsteller gewünscht, nur auf dem Wege eines umfangreichen und somit zeitlich längeren Verfahrens zu ermöglichen sei und deshalb die Darstellung der Angelegenheit in der Aktuellen Stunde, dass die Umsetzung möglicherweise verzögert würde, zu relativieren sei.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, befürwortet die Verweisung des Antrages an den AfS. Es sei jedoch auch darauf hinzuweisen, dass die Erweiterung des Fahrplanangebotes letztendlich auch anderen Kommunen zu Gute komme. Deshalb sei im Vorfeld hier auch die Kostenfrage zu klären.

Zu letzterem Hinweis antwortet **Herr Bürgermeister Sonders**, dass bei stadtübergreifenden Buslinien selbstverständlich Absprachen mit den anliegenden Kommunen nötig seien. Er bittet die Technische Beigeordnete um weitere Informationen zum derzeitigen Verfahrensstand.

Frau Lo Cicero-Marenberg, Technische Beigeordnete, Dezernat III, gibt zur Kenntnis, dass das Anliegen der Bürgerinitiative zunächst in einem ersten Schreiben vom 05.02.2012 dargelegt worden sei und später mit einem gleichlautenden Bürgerantrag vom 13.02.2012 wiederholt wurde. Bereits nach Eingang des ersten Schreibens der Antragsteller sei eine entsprechende Anfrage durch die Verwaltung an den Aachener Verkehrsverbund (AVV) erfolgt. Weiterhin seien die Fa. Taeter

sowie die Stadt Würselen in die Maßnahme eingebunden. Alle Beteiligten seien zur Stellungnahme aufgefordert worden. Zum Teil seien Rückläufe bereits erfolgt. Aufgrund dieser Antworten könne heute bereits davon ausgegangen werden, dass deutlich höhere Kosten anfallen werden, als vielleicht vermutet, da die gewünschten Leistungen zu den Spitzenzeiten erbracht werden müssten, was die Anmietung zusätzlicher Fahrzeuge erforderlich mache. Die Stadt Würselen müsse in der Angelegenheit noch beschließen. Da die Finanzierung wohl auch im Rahmen der AVV-Verbundfinanzierung erfolgen werde, sei davon auszugehen, dass auch der AVV-Beirat hierzu noch beraten müsse. Die Verwaltung sei bemüht, mit allen Beteiligten eine kostenoptimierte Lösung zu finden und schlägt vor, die weitere Beratung und abschließende Beschlussfassung in der Sache an den AfS zu verweisen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt verweist diese Angelegenheit zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 8 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
Bürgerantrag der CDU-Ortsgruppe Kellersberg vom 07.02.2012
hier: Treppenanlage Oberer Heidweg / Herrenweg
Vorlage: 2012/0108

Protokoll:

Für die weitere Erörterung der Thematik im Ausschuss für Stadtentwicklung (AfS) weist **Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion**, darauf hin, dass der Zaun zu den Berufsbildenden Schulen seinerzeit auf Druck der Anwohner errichtet worden sei, die sich durch anstößiges Verhalten von Jugendlichen in diesem Bereich belästigt gefühlt hatten. Er wendet sich deshalb gegen die in der Vorlage der Verwaltung angedachte Lösung, wonach ggf. ein Durchgang über das Gelände der Städteregion Aachen geschaffen werden solle. Es sei zu befürchten, dass die angesprochenen früheren Zustände wieder eintreten.

Hieran anschließend führt **Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, aus, es sei offensichtlich, dass das Gelände des Naherholungsgebietes „Broichbachtal“ vom Oberen Heidweg aus z.B. für Menschen mit Behinderung, wie Rollstuhlfahrer, aber auch für Familien mit Kinderwagen, derzeit nur über einen unverhältnismäßig großen und dazu noch beschwerlichen Umweg zu erreichen sei. Dies sei, wie im Antrag des CDU-Ortsvereins bereits ausführlich dargestellt, einfach unzumutbar. Er sehe deshalb hier sehr wohl für die Kellersberger Bevölkerung die Notwendigkeit, barrierefrei und örtlich nah in das Naherholungsgebiet gelangen zu können. Dies könne auch nicht von damit im Zusammenhang befürchteten eventuellen Störungen durch Jugendliche abhängig gemacht werden. Er könne sich auch nicht vorstellen, dass ein barrierefreier Übergang dieses Problem in irgendeiner Form beeinflusse. Grundsätzlich spricht er sich dafür aus, die Angelegenheit im AfS weiter zu erörtern, um zu einer angemessenen Lösung zu kommen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, unterstützt den Antrag des CDU-Ortsvereins. Zudem möchte er wissen, ob der Beirat für Menschen mit Behinderung zur Angelegenheit befragt worden sei.

Hierzu antwortet **Herr Bürgermeister Sonders,** dass die Thematik im Beirat des Rates der Stadt für Menschen mit Behinderung bisher nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen und die weitergehende Behandlung an den Ausschuss für Stadtentwicklung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 9 Entwurf des Stellenplanes 2012
Vorlage: 2012/0106

Protokoll:

Herr Erster Beigeordneter Kahlen erläutert den Entwurf des vorgelegten Stellenplanes. Zum guten Verständnis, insbesondere vor dem Hintergrund des NKF-Haushaltes, habe die Verwaltung eine sehr fundierte Sach- und Rechtsgrundlage eingearbeitet und Veränderungen konkret ausgewiesen. Hervorzuheben sei aber auch, dass mit Unterstützung des Personalrates fast alle Stellen komplett neu bewertet worden seien. Dabei sei auch geprüft worden, wo Synergieeffekte erzielt werden können. Im Endergebnis sei es gelungen, insgesamt 12,6 Stellen einzusparen. Darüber hinaus hätten über 40 Stellen einen ku-Vermerk erhalten. Das bedeute, dass dort künftig eine andere Bewertung erfolgen werde, wodurch mittelfristig weitere Verbesserungen im Haushaltsbereich erreicht würden. Durch die Zuweisung einer Vielzahl von neuen Aufgaben sei jedoch auch die Einstellung zusätzlichen Personals erforderlich geworden, wie z.B. im Bereich der Feuerwehr und der U3-Betreuung. Somit ergebe sich per Saldo dennoch eine Stellenanhebung von 11,7 Stellen. Ohne die oben genannten Einsparungen wäre es jedoch zu einer Stellenanhebung von 24,3 Stellen gekommen. Die erzielten Personaleinsparungen werden strukturell zu geringeren Ausgaben in Höhe von über 600.000 Euro führen.

Seitens der **SPD-Fraktion,** bedankt sich **Herr Stv. Loosz** für die erreichten Einsparungen und bittet, diesen Dank auch an die betroffenen Mitarbeiter/innen weiter zu geben.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, bittet um nähere Erläuterung zu der Darstellung der Stellenwerte auf Seite 2 der Sachdarstellung im Zusammenhang mit Altersteilzeit.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen sagt zu, diese Anfrage bis zur Sitzung des Rates der Stadt am 26.04.2012 schriftlich zu beantworten.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich wurde mit Schreiben vom 10.04.2012 an die Vorsitzenden aller im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen beantwortet. Das Schreiben ist als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012 in der vorgelegten Fassung (Anlage zur Originalniederschrift).

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen).

**zu 10 Richtlinien zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfonds
"Mitwirkung und Beteiligung" im Programmgebiet Soziale Stadt Alsdorf-Mitte
Vorlage: 2012/0090**

Protokoll:

In dieser Angelegenheit informiert **Herr Dezernent Spaltner, Dezernat II**, dass der Stadt Alsdorf im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ Alsdorf-Mitte für die nächsten vier Jahre 144.000 € für einen „Verfügungsfonds zur Aktivierung und Beteiligung“ bewilligt worden seien. Voraussetzung zur Bereitstellung sei die Verabschiedung einer Richtlinie, nach der die Vergabe der Mittel später zu regeln ist. Diese Richtlinie müsse der Bezirksregierung bis Ende März zugeleitet werden und sei deshalb heute zur Abstimmung vorgelegt worden. Herr Niedermeier von der beratenden Planungsgruppe MWM könne hierzu im Detail Weiteres ausführen.

Die **GRÜNE-Fraktion**, so **Herr Stv. Heidenreich**, unterstütze das Vorhaben grundsätzlich. Allerdings sei er der Meinung, dass in den Quartiersbeirat, welcher der Stadt letztlich die Verwendung der Mittel empfehle, über die jetzt als Mitglieder benannten Funktionsträger hinaus auch Vertreter der örtlichen Bürgerschaft sowie von Vereinen, Kirchen und dergleichen mit einzubinden seien. Darüber hinaus finde es nicht die Zustimmung seiner Fraktion, dass der Quartiersbeirat nichtöffentlich tagen solle, da dadurch die notwendige Transparenz verloren gehe.

Er beantrage deshalb

1. folgende Ergänzung zum Verwaltungsvorschlag:

Aufnahme von

- maximal sechs weiteren Vertretern der kulturellen und sozialen Institutionen und Vereinen des Quartiers, wie Kirchen, Schulen, Kindergärten, Sportvereinen und
- maximal sechs Vertretern aus den Bewohnern des Quartiers, also einfache Bürger/innen.

Diese weiteren Mitglieder könnten seines Erachtens in einem zweiten Schritt nachbenannt werden, sollten jedoch heute bereits in das Papier aufgenommen werden.

2. Punkt 7.3 der Richtlinien wie folgt zu ändern:

„Der Quartiersbeirat entscheidet in öffentlicher Sitzung.“

Herr Stv. Herr Mortimer stimmt seinem Vorredner zu. Auch die **ABU-Fraktion** möchte die Anwohner repräsentativ in dem Gremium vertreten sehen und befürworte darüber hinaus ebenfalls die Tagung in öffentlicher Sitzung.

Hieran anschließend bittet **Frau Stv. Wagner, CDU-Fraktion**, um Informationen zum „Generationenbüro“ hinsichtlich der Aufgabe und der Zusammensetzung.

Hierzu erläutert **Herr Bürgermeister Sonders**, das Generationenbüro sei kein Gremium in dem Sinne, sondern eine Verwaltungseinheit, angesiedelt im FG 3.1 – Soziales und eingerichtet zu dem Zweck, die verschiedenen Aufgaben im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und z. B. die beabsichtigten Bürgerversammlungen in den Ortsteilen vorzubereiten.

Zum Vorschlag der Erweiterung des Gremiums führt **Herr Stv. Plum, SPD-Fraktion**, aus, dass die jetzt vorgeschlagenen Mitglieder bereits einen umfangreichen Personenkreis repräsentieren. Der Quartiersbeirat sollte nicht bis zur Handlungsunfähigkeit aufgebläht werden.

Die **CDU-Fraktion**, so **Herr Stv. Brandt**, sei schon der Meinung, dass die Bürger/innen in der richtigen Relation in diesem Gremium mit vertreten sein müssen. Im Zweifel sei er jedoch noch bezüglich der Frage, ob es besser sei, die Beratungen in öffentlicher oder nichtöffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Dies sollte geprüft werden. Man könne vielleicht auch einmal nachfragen, wie es in anderen Kommunen gehandhabt werde.

Zur Frage der öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung führt **Herr Niedermeier vom Planungsbüro MWM** aus, der Vorschlag zur nichtöffentlichen Sitzung sei zum Schutz der Mitglieder des Gremiums erfolgt. Zu bedenken sei grundsätzlich, dass in einem Gremium, welches sich vorwiegend aus Laien zusammensetze, leicht die Gefahr bestehe, dass Aussagen nicht genügend durchdacht getroffen werden, die am nächsten Tag in der Presse erscheinen und dann im Quartier eine nicht gewollte Wirkung hervorrufen. Vor diesem Hintergrund hätten sich nichtöffentliche Sitzungen bewährt. Im vorliegenden Falle habe man von der Zusammensetzung her jedoch eher erfahrene Personen, die Vorschläge, Ideen und Abwägungsprozesse auch öffentlich diskutieren könnten. Es gäbe jedoch auch die Möglichkeit, das Gremium in der Regel öffentlich tagen zu lassen und nur bei bestimmten Punkten in nichtöffentlicher Sitzung vorzubereiten.

Was die Zusammensetzung des Gremiums betreffe, sei es wichtig zu bedenken, dass der Verfügungsfonds relativ flexibel verwaltet und gesteuert werden müsse. Deswegen solle die Größe des Gremiums überschaubar bleiben, um kurzfristig handlungsfähig zu sein. Es gäbe jedoch u. a. auch die Möglichkeit, auch noch bei laufendem Betrieb der Maßnahme, z. B. über Quartiersversammlungen oder Stadtteilkonferenzen, vielleicht einmal jährlich über eine Wahl zwei bis drei Positionen immer wieder neu zu besetzen. Im Übrigen käme ja der Input für das Programm ohnehin aus dem Quartier, das bedeute, die einzelnen Bürger/innen bzw. die Vereine und Institutionen hätten sowieso die Möglichkeit, Ideen und Vorschläge einzubringen. Alles, was im Gremium beraten werde, sollte von der Basis kommen.

Hierzu ergänzt **Herr Schmidt, FG 3.1 – Jugend**, der Gedanke bei der Erarbeitung der Richtlinien sei natürlich gewesen, dass die Bürger/innen aus dem Fördergebiet ihre Ideen und Anregungen einbringen und dass der Quartiersbeirat letztendlich nur das Entscheidungsgremium sei. Das heißt, dass der Beirat eigentlich nicht der Ort sein soll, an dem Ideen entwickelt werden, sondern im Beirat solle letztlich entschieden werden, ob eine vorgeschlagene Maßnahme im Rahmen des Förderprogramms und bezogen auf die Nachhaltigkeit sinnvoll sei.

Im Weiteren führt **Herr Stv. Heidenreich** aus, bezüglich der Besetzung des Beirates sei auch wichtig zu sehen, dass diese neue Form des Miteinanders zwischen Anwohnern, Verwaltung und Politik in besonderer Weise ein Stück gelebte Demokratie darstelle. Deshalb sollte heute beschlossen werden, die Richtlinien entsprechend zu ergänzen bzw. ein Verfahren zu finden, wie sowohl weitere Vertreter von Institutionen sowie einzelne Bürger/innen aus dem Quartier noch mit einbezogen werden können. Zur Frage öffentliche oder nichtöffentliche Sitzung könne seiner Meinung nach wohl so verfahren werden, dass in der Regel öffentlich getagt werde und lediglich für sensible Angelegenheiten ein nichtöffentlicher Sitzungsteil vorbehalten werde.

Herr Dezernent Spaltner bittet um Verständnis dafür, dass man mit der Arbeit in diesem Programm erst am Anfang stehe und weist darauf hin, dass heute nicht über die Zusammensetzung des Quartiersbeirates bis zum Programmende entschieden werde. Es sei sicherlich möglich, den Beirat auch später noch um weitere Personen, die sich besonders engagieren, zu ergänzen.

Hieran anschließend, führt **Herr Bürgermeister Sonders** aus, den Beirat wesentlich zu vergrößern, halte er nicht für hilfreich. Als Kompromiss würde er vorschlagen, das Gremium um vier weitere Mitglieder zu ergänzen, und zwar je zwei aus den institutionellen Einrichtungen und zwei aus der Bürgerschaft. Damit ergebe sich eine ungerade Mitgliederzahl von 15. Darin sehe er eine gute Konstellation für die praktische Arbeit. Diese zusätzlich zu benennenden Mitglieder sollten im Rahmen einer Quartiers- oder Bürgerversammlung ausgewählt werden und wären anschließend durch den Rat der Stadt zu bestätigen. Darüber hinaus könne das Gremium zu seinen Sitzungen jederzeit weitere, nicht stimmberechtigte, Teilnehmer/innen einladen, so dass eine Beteiligung interessierter Bürger/innen grundsätzlich nie ausgeschlossen sei.

Herr Stv. Heidenreich merkt an, vor dem Hintergrund der erdrückenden Mehrheit der Mitglieder, die nicht direkt aus dem Quartier kommen, sondern eher institutionelle Vertreter sind oder aus dem Bereich der Verwaltung oder des Rates der Stadt kommen, sei ihm die durch den Bürgermeister vorgeschlagene Erweiterung

eigentlich noch ein bisschen zu wenig. Als kleinen Kompromiss würde er die Zusammensetzung mit dieser Ergänzung jedoch so mittragen.

Herr Bürgermeister Sonders fasst die bisher dargelegten Gedanken wie folgt zusammen:

1. In der Frage öffentliche oder nichtöffentliche Beratung sei Übereinstimmung darin zu erkennen, dass der Quartiersbeirat in der Regel in öffentlicher Sitzung tagen solle.
2. Bezüglich der Zusammensetzung des Quartiersbeirates werde heute als derzeitige Kompromisslösung die Erweiterung um insgesamt vier Mitglieder vorgeschlagen, davon je zwei aus Institutionen innerhalb des Quartiers und zwei aus der Bürgerschaft. Diese zusätzlichen Mitglieder sollten im Rahmen von Bürger- bzw. Quartiersversammlungen vorgeschlagen werden. Die Vorschläge sind vom Rat der Stadt zu bestätigen.

Herr Bürgermeister Sonders stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Richtlinien zur Gewährung von Zuwendungen aus dem Verfügungsfond „Mitwirkung und Beteiligung“ im Programmgebiet Soziale Stadt Alsdorf-Mitte werden mit Wirkung zum 23.03.2012 unter Maßgabe folgender Ergänzungen in Kraft gesetzt:

1. Im Rahmen einer Quartiersversammlung sind vier weitere Mitglieder für den Quartiersbeirat zu bestimmen, und zwar zwei institutionelle Mitglieder und zwei Personen aus der Bürgerschaft. Diese vier noch zu bestimmenden Mitglieder sind durch den Rat der Stadt in seiner nächst möglichen Sitzung zu bestätigen.
2. Die Sitzungen des Gremiums finden in der Regel öffentlich statt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

zu 11 **Anfragen und Mitteilungen**
 Vorlage: 2012/0091

Protokoll:

Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.03.2012;

hier: Rodungsarbeiten auf dem Gelände zwischen Stadthalle, Rathaus- und Annastraße

Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Loosz, SPD-Fraktion;

hier: Klage der REP-Fraktion gegen die Stadt Alsdorf

Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion;

hier: Durchführung geplanter städtebaulicher Maßnahmen vor dem Hintergrund der Auflösung des Landtages

Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;

hier: Ausstattung der Hauptschule Alsdorf-Mariadorf mit Containerklassen

Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;

hier: Bürgerfreundliches Rathaus

Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen;

hier: Personalangelegenheiten

Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 07.03.2012;

hier: Rodungsarbeiten auf dem Gelände zwischen Stadthalle, Rathaus- und Annastraße

Die Anfrage der CDU-Fraktion wird durch **Herrn Bürgermeister Sonders** vorgelesen und direkt wie folgt beantwortet:

Frage 1: Wem ist die Rodung des Geländes erlaubt worden? Dem Investor oder den Grundstückseigentümern? Welche Auflagen gab es?

Antwort: Mit Bescheid vom 09.08.2011 wurde dem Investor, der soleo wachendonk GmbH, die Rodung des Geländes vorbehaltlich der Erteilung einer Baugenehmigung erlaubt. Die Teilbaugenehmigung erging am 02.02.2012. Es wurde ihm die Fällung von 12 geschützten Bäumen genehmigt. Die Pflanzung von 22 Bäumen als Ersatz wurde festgesetzt. Hiervon werden im Zuge des Bauvorhabens 13 Laubbäume neu auf dem betreffenden Gelände angepflanzt. Für die restlichen 9 Ersatzbäume ist ein noch festzulegender Ausgleichsbetrag in Geld vom Investor zu zahlen. Die Rodung hat er auf eigene Kosten durchgeführt.

Frage 2: Wann wird der Notarvertrag unterschrieben?

Antwort: Nach Erteilung der abschließenden Baugenehmigung.

Frage 3: Wie ist der Stand des Baugenehmigungsverfahrens?

Antwort: Teilbaugenehmigung zu den Erd- und Ausschachtungsarbeiten sowie zu den Grundleitungsarbeiten wurde am 02.02.2012 erteilt. Vor Erteilung der abschließenden Baugenehmigung war noch die positive Stellungnahme des Umweltamtes der Städteregion Aachen zum geplanten Vorhaben abzuwarten. Diese ist am 16.03.2012 eingegangen. Die Baugenehmigung wird daher in Kürze erteilt.

Frage 4: Hält die Verwaltung es für richtig, eine so umfangreiche Rodung zu genehmigen, obschon das Grundstück bislang noch nicht verkauft und Baugenehmigungen möglicherweise noch gar nicht erteilt sind?

Antwort: Die Rodung war nur außerhalb der Vogelbrutzeit, also vor dem 01.03.2012 oder nach dem 30.09.2012 zulässig. Sie wurde in Verbindung mit der Teilbaugenehmigung erteilt. Ein Abwarten der endgültigen Baugenehmigung oder des Kaufvertrages hätte somit zu Verzögerungen bei der Umsetzung des für die Entwicklung der Innenstadt so wichtigen Investitionsvorhabens geführt. Deshalb halten wir das Verfahren so für richtig.

Frage 5: Ist eine Ausweitung des Heimbetriebes für den Fall, dass der angedachte Hotelbetrieb nicht funktioniert, mit unseren örtlichen Verhältnissen (Angebot und Nachfrage von Heimplätzen) verträglich?

Antwort: Im Hinblick auf die weitere demographische Entwicklung sieht die Verwaltung auch in Zukunft einen Bedarf für weitere Heimplätze in der entsprechenden Größenzahl. Dies hat die Städteregion Aachen, Heimaufsicht, mit Schreiben vom 10.01.2012 bestätigt. Investor und Verwaltung gehen allerdings davon aus, dass der geplante Hotelbetrieb wegen des vorhandenen und gutachterlich mehrfach nachgewiesenen Bedarfes funktionieren wird.

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Loosz, SPD-Fraktion;
hier: Klage der REP-Fraktion gegen die Stadt Alsdorf**

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, bezieht sich auf eine Klage der REP-Fraktion gegen die Stadt Alsdorf. Er möchte über das Ergebnis und die entstandenen Kosten informiert werden.

Hierzu antwortet **Herr Erster Beigeordneter Kahlen**, die Klage der REP-Fraktion vor dem Verwaltungsgericht in Aachen sei abgewiesen worden. Die Rechtsauffassung der Stadt Alsdorf wurde bestätigt. Kürzlich sei eine Kostennotiz über ca. 2.550 Euro vom vertretenden Rechtsanwalt eingegangen, der diesen Betrag gegenüber der Stadt Alsdorf geltend mache. Eine eventuelle Erstattung werde derzeit geprüft.

Herr Bürgermeister Sonders ergänzt, dass es sich bei der vorgenannten Klage um die Frage handelte, ob der REP-Fraktion ein Fraktionszimmer im Kellergeschoss zugemutet werden könne bzw. ob die Räumlichkeit dort rechtmäßig sei. Dies sei durch das Gericht eindeutig bejaht worden.

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion;
hier: Durchführung geplanter städtebaulicher Maßnahmen vor dem**

Hintergrund der Auflösung des Landtages

Vor dem Hintergrund der Auflösung des Landtages am 14.03.2012 möchte **Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion**, wissen, ob sich dadurch Änderungen bezüglich zugesagter Fördermittel ergeben könnten und ob in der Folge davon Probleme bei der Umsetzung verschiedener damit im Zusammenhang stehender Maßnahmen zu erwarten seien. Konkret bittet er um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkung hat die Landtagsauflösung und die vorläufige Haushaltsführung des Landes auf das Gesamtprojekt „KuBiZ“ und insbesondere auf den geplanten Schulneubau auf dem Annagelände?
2. Gibt es seitens der Genehmigungsbehörden bereits irgendwelche Mitteilungen, ob Einzelmaßnahmen gestoppt werden müssen oder anstehende Förderentscheidungen bis auf Weiteres nicht getroffen werden können?
3. Inwiefern rechnet die Stadtverwaltung damit, dass es zu einer Gefährdung der Realisierung des Gesamtprojektes oder zumindest zu größeren Verzögerungen bei der weiteren Entwicklung kommt?

Herr Bürgermeister Sonders antwortet:

- Zu 1. Bisher lägen keine diesbezüglichen Mitteilungen der Genehmigungsbehörden vor.
- Zu 2. Die Verwaltung sehe derzeit in keiner Weise Projekte bzw. Teilprojekte gefährdet.
- Zu 3. Man gehe davon aus, dass alle zugesagten Landesmittel auch erbracht würden, da bisher immer gegolten habe, dass selbst bei einem Minister- bzw. Regierungswechsel sich die Nachfolger an Zusagen und Bewilligungsbescheide der Vorgänger gehalten haben.

Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion; hier: Ausstattung der Hauptschule Alsdorf-Mariadorf mit Containerklassen

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, führt aus, seiner Fraktion sei bekannt geworden, dass die Hauptschule Alsdorf-Mariadorf wohl anstelle von acht Containern nur zwei Container erhalten solle und möchte wissen, ob dies so richtig sei.

Hierauf antwortet **Herr Dezernent Spaltner, Dezernat II**, nach seiner Erinnerung seien acht Container in Klassengröße vorgesehen gewesen. Dies sei mit den Schulen noch einmal nachjustiert worden. Letzter Stand sei, dass neun Klassen aufgestellt werden sollen.

**Mündliche Anfrage des Herrn Stv. Weber, REP-Fraktion;
hier: Bürgerfreundliches Rathaus**

Herr Stv. Weber, REP-Fraktion, möchte über den aktuellen Stand zu den Planungen zum Vorhaben „Bürgerfreundliches Rathaus“ informiert werden.

Hierzu erläutert **Herr Bürgermeister Sonders**, dass nach der bereits erfolgten Trockenlegung der Kellerräume und des noch durchzuführenden Umzuges des Standesamtes in die Burg in den dann darauffolgenden Monaten die Raumaufteilung neu organisiert und das Vorhaben „Bürgerfreundliches Rathaus“ kontinuierlich voran gebracht werde.

**Mitteilung des Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen;
hier: Personalangelegenheiten**

Herr Erster Beigeordneter Kahlen führt aus, der demografische Wandel werde es in Zukunft zusätzlich erschweren, qualifiziertes Personal zu bekommen. Mit besonderem Bedauern habe er deshalb zur Kenntnis genommen, dass anlässlich des Aschermittwochs in diesem Jahr auch der Personalbereich der Stadtverwaltung thematisiert worden sei, und zwar nicht wahrheitsgetreu. Gesagt worden sei, dass man nur mit einem SPD-Parteibuch im Rathaus arbeiten könne. Dies bedürfe einer Klarstellung, und zwar sowohl zum Schutz der in letzter Zeit eingestellten Mitarbeiter, als auch der Bediensteten des Hauses, die für die Auswahl verantwortlich sind. Seit seinem Amtsantritt (02.05.2010) seien 104 Personen eingestellt worden, davon 1 Technische Beigeordnete, 1 Leiterin RPA, 43 Mitarbeiter/innen für die Kindertageseinrichtungen, 13 Mitarbeiter/innen für den Eigenbetrieb Technische Dienste, 7 Feuerwehrleute, 6 Auszubildende Verwaltungsfachangestellte sowie einige andere. Der Verwaltung selbst sei lediglich in einem einzigen Fall eine SPD-Mitgliedschaft bekannt. Er bittet deshalb darum, selbst im Zusammenhang mit karnevalistischem Hintergrund, derartige Äußerungen zu unterlassen. Erstens entsprechen sie – wie dargestellt - nicht der Wahrheit, zweitens diskreditieren sie sowohl die ausgesuchten als auch die auswählenden Mitarbeiter/innen und drittens beschädigen sie das Ansehen der Stadt als Arbeitgeber, die dringend auf qualifiziertes Personal angewiesen sei.

Gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin